

**KOLUMBIEN 2005:
MEHR OPTIMISMUS ALS FORTSCHRITT?**

Hans R. Blumenthal
Dezember 2005

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Das Wichtigste auf einen Blick	2
1. Politische Entwicklung	4
2. Wirtschaftliche Entwicklung	9
3. Sozialentwicklung: Armut und Ungleichheit	10
4. Gewerkschaftliche Perspektive	11
5. Gender	11
6. Umwelt	12
7. Anhang	13
7.1. Kabinettsliste	13
7.2. Abkürzungsverzeichnis	13
7.3. Wirtschafts- und Sozialdaten Kolumbiens	14

Das Wichtigste auf einen Blick

- Der kolumbianische Demobilisierungs- oder Friedensprozess unterscheidet sich von vergleichbaren Transitionsprozessen dadurch, dass er „im Krieg“ stattfindet und derzeit nur für die sogenannten Paramilitärs, nicht aber für die Guerrilla FARC erst in Ansätzen seit einer Verhandlungsrunde im Dezember in Havanna für den ELN gilt. Die internationale Gemeinschaft spielt im Unterschied zu anderen vergleichbaren Prozessen kaum eine Rolle. Das dominante Paradigma der Regierung scheint eher die nationale Sicherheit als Versöhnung und Interessenausgleich zu sein. Diese Besonderheiten sind für einen Grossteil der nationalen und internationalen Kritik und Skepsis verantwortlich. Angesichts des Scheiterns der Bemühungen von früheren Verhandlungslösungen mit FARC und ELN und wegen der Zustimmung grosser Teile der Bevölkerung, scheint der Prozess dennoch eine gangbare, realpolitische Alternative zur Lösung des „ewigen Konflikts“ Kolumbiens zu sein.
- Anders als von der Regierung vorgesehen ist der Demobilisierungsprozess der AUC mit derzeit 13.500 Demobilisierten Ende des Jahres nicht zu Ende gebracht worden. 8.000 Kämpfer sollen bis Mitte 2006 demobilisiert werden. Die Verhandlungen mit den Paras wirken als nicht strategisch geführt, ihr Reintegrationsprozess als dilettantisch und unkoordiniert gehandhabt. Ähnlich wie die Guerrilla FARC bei der Vorgängerregierung Pastrana, scheinen derzeit die Paras/AUC die Verhandlungsschritte zu diktieren. Die Motive für die Demobilisierung ihrer Führer sind das Erkennen ihrer militärischen Grenzen, der Versuch, ihre politische und wirtschaftliche Macht zu behalten, die Angst vor einer Auslieferung an die USA und ihr Vertrauen in eine Regierung der starken Hand gegen die Guerrilla.
- Dennoch sehen auch kritische Beobachter die Bilanz des Prozesses bisher positiv. Dies, da die staatliche Strategie den Krieg zu gewinnen, weniger „schmutzig“ (über Para-Komplizenschaften) und stärker staatlich-institutionalisiert geworden ist. Die Demobilisierungen der derzeitigen AUC wird neue Paras heranwachsen lassen. Diese allerdings werden dann eindeutig kriminell und nicht mehr „parastaatlich“ sein, so daß sie auch eindeutiger vom staatlichen Institutionen verfolgbar werden werden.
- Nach mehrjähriger Debatte wurde im Juli ein rechtlicher Rahmen für Demobilisierungs-, Reintegrations- und Reparationsprozesse im sogenannten „Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden“ verabschiedet. Zwar verletzt das Gesetz in bestimmten Teilen (Strafhöhe, Geständnisoffenheit, Reparationslasten für Opfer) alltägliches und nationales Rechtsempfinden, wie auch – wahrscheinlich – internationale Rechtsstandards, dennoch erlaubt es oder motiviert sogar Verhandlungslösungen im kolumbianischen Konflikt. Zu dem wird das Gesetz – auch nach diskreten Äusserungen offizieller Stellen – nicht der juristische Schlusspunkt strafjustizieller Aufarbeitung sein.
- Die Gewaltindikatoren (Entführungen, Tötungen, Massaker etc.) sind 2005 weiter zurückgegangen. Die Popularität von Präsident Alvaro Uribe bei der Bevölkerung hält sich um die 70%. Das Regierungsprojekt seiner Wiederwahl hat im Oktober seine letzte Hürde durch eine positive Sentenz des Verfassungsgerichtes genommen.

- Im Blick auf die Parlamentswahlen im März und Präsidentschaftswahlen im Mai 2006 hat Präsident Uribe eine Öffnung zur Meinungsmehrheit der „Mitte“ vorgenommen. Indizien dafür sind seine massgebliche Unterstützung der Erhöhung des Minimumlohns, seine Kritik am noch in der Verhandlung stehenden Freihandelsabkommen mit den USA (TLC), der Beginn von Vorverhandlungen mit der Guerrilla ELN in Havanna und seine Öffnung gegenüber einem von der Schweiz, Frankreich und Spanien ausgearbeiteten Vorschlags zu Verhandlungen über ein „Humanitäres Abkommen“ mit den FARC im Dezember.
- In der Aussenpolitik ist Uribe weiterhin eng mit den USA alliiert. Wegen deren Hilfe in der Terrorismus- und Drogenbekämpfung rangiert Kolumbien auf dem dritten Platz unter allen Staaten, die US-Hilfe beziehen.
- Die Lage der kolumbianischen Wirtschaft hat sich erneut gebessert . Mit einer Wachstumsrate von 4,5% liegt sie allerdings nur im lateinamerikanischen Mittelfeld. Die Wachstumsrate gilt wegen der besonders guten Aussen- und Innenbedingungen als enttäuschend und ist nicht ausreichend, um Armut und Arbeitslosigkeit zu verringern.
- Die weitere Aufwertung des kolumbianischen Pesos, damit die Verringerung des Schuldendienstes, nicht unerhebliche Zuflüsse an illegalen Drogengeldern wie auch die zunehmenden Geldüberweisungen von Kolumbianern aus dem Ausland, belebten zudem die Endnachfrage der kolumbianischen Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit hat sich nach offiziellen Daten auf 10% (inoffiziell 11,8%) verringert, andererseits stieg die Unterbeschäftigung und die Beschäftigung im informellen Sektor.
- Die Wurzel, den wahren Hintergrund des kolumbianischen Konfliktes sehen viele Beobachter heute in der Unvereinbarkeit zwischen einem urbanen, progressiven, modernen Gesellschaftsprojekt, der Errichtung demokratischer Räume mit einer sozialen Marktwirtschaft auf der einen Seite und dem fragmentierten Projekt der AUC – ähnlich dem der Guerrilla – mit regionalen „neofeudalen“ Herrschaftsstrukturen und lokalen Gesellschaften eingeschränkter Staatsgewalt, die von der Immunität deren kriminellen, halblegalen und legalen Unternehmen profitieren können, andererseits.

1. Politische Entwicklung

Im Vergleich zu vielen depressiven Vorjahren –Zeiten des Präsidenten César Gaviria (90 – 94) bilden eine Ausnahme – scheinen die Kolumbianer in guter politischer Stimmung. Überwiegend (zwischen 62 und 74%) begrüßen und unterstützen sie die Politik ihres Präsidenten Uribe. In Umfragen werden allerdings die verstreut und abgelegen lebende ländliche Bevölkerung und die der marginalen Grosstadtviertel mit ihrem hohen Anteil von vom Konflikt Vertriebenen, kaum berücksichtigt. Dennoch: Vom Taxifahrer, ambulanten Händler, Hausmädchen, bis zum Angestellten, Arzt und Unternehmer, ist Positives über die Regierung, eine Wiederwahl des Präsidenten, die persönlichen Erwartungen und die Gegenwart bzw. Zukunft des Landes zu hören.

Vor allem die Sicherheitsperzeption der Bürger beflügelt ihren Optimismus. Die Wirklichkeit ist: die großen Straßen sind wieder (allerdings nicht nachts und Warnungen beachtend) von Privatwagen befahrbar, ohne Überfälle, Entführungen, Raub seitens

krimineller oder Guerillagruppen befürchten zu müssen. In abgelegenen Landesteilen ist die Unsicherheit allerdings gestiegen. Die Mord- und Entführungsraten nahmen erheblich ab. Aber auch in anderen Bereichen scheinen Kolumbianer Fortschritte zu sehen, wobei die Perzeption besser sein mag als die Realität: nach Uruguay liegt Kolumbien derzeit an zweiter Stelle in Lateinamerika was sein Vertrauen in die Durchsetzung seiner Gesetze durch den Staat angeht; Kolumbianer und Uruguayer sehen im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Bürgern mehr Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung in ihrem Land (Latinobarómetro 2005).

Von den beiden großen kolumbianischen Themen des Jahres 2005, dem Prozess mit den Paramilitärs und der Entscheidung des Obersten Verfassungsgerichtes, Präsident Uribe die Wiederwahl zu ermöglichen, beziehen sich Kritiken überwiegend auf das erstere Thema.

Wiederwahl des Präsidenten

66% der Kolumbianer sprachen sich im Oktober für die vom Obersten Verfassungsgerichtshof entschiedene Wiederwahlmöglichkeit ihres Präsidenten Alvaro Uribe aus. Das Urteil, wie auch ein folgendes zur Beschränkung und Präzisierung der Einflußmöglichkeiten des Präsidenten und seiner Regierung im beginnenden Wahlkampf für die Parlamentswahlen im März und die Präsidentschaftswahlen im Mai 2006 waren überwiegend, auch von der Opposition, als seriös anerkannt worden. Das Urteil stand gegen eine langjährige kolumbianische Tradition der Schwächung der Exekutive aus Angst vor über Jahrzehnte im Lande Gewalt verursachenden „Caudillismo“. In großen Teilen des 19. Jahrhunderts war die Regierungsperiode aus diesem Grunde auf 2 Jahre begrenzt. Das Urteil entsprach allerdings dem lateinamerikanischen Trend zur Wiederwahl: in fünf Ländern (Argentinien, Brasilien, Dominikanische Republik, Venezuela und jetzt Kolumbien) ist die unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten möglich, in weiteren neun die Wiederwahl nach Aussetzen während mindestens einer Periode. Die Mehrheit der Kritiken der Entscheidung des Verfassungsgerichtes richtete sich weniger gegen das Prinzip einer Wiederwahl, sondern dagegen, daß der derzeitige Präsident auch der erste Nutznießer der Entscheidung sein werde. Allerdings wurden Wiederwahlreformen der letzten Jahre auch in den anderen Ländern durch spezifische Präsidenten möglich: durch Menem in Argentinien, Cardozo in Brasilien, Fujimori in Peru, Chavez in Venezuela und Mejía in der Dominikanischen Republik. Gewarnt wird vor einer übergrossen Machtfülle in verschiedenen Bereichen, wie sie nicht der letzten Verfassungsreform 1991 entsprechen könne: in zwei mal vier Jahren kann der Präsident die Führungsmannschaft der kolumbianischen Zentralbank (Banco de la República) bestimmen und damit ihre in der Verfassung von 1991 festgeschriebene Unabhängigkeit aufheben. Da ein Präsident meist auch Mehrheiten im Repräsentantenhaus und Senat habe, könne er über diese auch die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichtshofes, des Obersten Gerichts, des Staatsrates, aufheben und mit seinen Leuten besetzen. Ebenso die Neutralität des vom Senat bestellten Procurador und des vom Repräsentantenhaus bestimmten Rechnungshofes.

Die Befürworter einer Wiederwahl von Präsident Alvaro Uribe sehen diese Gefahren weniger, auch da er ihnen als verantwortlicher, demokratisch verpflichteter Regent gilt. Sie erhoffen, der Präsident könne seine Politik der „Demokratischen Sicherheit“ (Seguridad Democrática) mit Demobilisierung und Reintegration der Paramilitärs, Bekämpfung der Guerilla und Herstellung der staatlichen Autorität im ganzen kolumbianischen Territorium fortsetzen. Sie argumentieren, gerade eine Wiederwahl bringe die kolumbianischen Akteure, die Bevölkerung und die internationale Gemeinschaft dazu, die Transparenz der Wahlprozesse besonders zu beachten. Für sie eröffnet die Möglichkeit einer Wiederwahl

größere demokratischere Möglichkeiten für die Bürgerschaft zur Prämierung oder Bestrafung eines jeweiligen Präsidenten und seiner Regierung. Dagegen stehen diejenigen, die den lateinamerikanischen Trend zur Wiederwahl eher als eine verfehlte Antwort auf die institutionellen Schwächen der politischen Strukturen sehen und als zunehmende Personalisierung der Politik auf dem Wege zu einem sogenannten „Hyperpräsidentialismus“ mit stark „neopopulistischen“ Zügen.

Kolumbien auf dem Wege zum Postkonflikt?

Das Scheitern des großzügigen Versuches des früheren Präsidenten Andrés Pastrana, zu einem Frieden mit der Guerilla FARC zu kommen, der Mißbrauch der damals geschaffenen entmilitarisierten Verhandlungszone durch die Guerilla verhalfen Alvaro Uribe im Jahre 2002 zum Wahlsieg. Auch da ein erneuter Versuch eines Friedensprozesses nach den vorangegangenen negativen Erfahrungen weder aussichtsreich noch der kolumbianischen Bevölkerung gegenüber vermittelbar erschien, präsentierte Präsident Uribe ein Konzept der „Demokratischen Sicherheit“, das militärisch-strategisch im wesentlichen auf zwei Pfeilern ruhte: zum einen der Einleitung eines Demobilisierungs- und Reintegrationsprozesses mit den Paramilitärs bzw. „Autodefensas“ (Selbstverteidigungsgruppen) – vor allem in Norden – und zum anderen – vor allem im Süden – der Erhöhung des militärischen Drucks auf die Guerilla FARC im Rahmen des sogenannten „Patriotischen Plan“ (Plan Patriota).

Die Guerilla des Ejército de Liberación Nacional (ELN) wurde – wie schon zu Zeiten des Präsidenten Pastrana – als weniger relevant und prinzipiell militärisch besiegbar, kaum beachtet. Im Dezember 2005 allerdings begannen in Havanna Vorverhandlungen zwischen kolumbianischer Regierung und Führern des ELN, deren Ergebnis ein erneutes Treffen Ende Januar 2006 ist. Vorausgegangen war – wie es heißt – das Angebot der Führer der ELN an die FARC, mit diesen zu fusionieren. Das Angebot wurde von den FARC abgelehnt.

Besonderheiten des kolumbianischen Prozesses

Der kolumbianische Friedens- und Versöhnungsprozeß unterscheidet sich in mehreren Punkten von vergleichbaren Transitionsprozessen:

Er findet „im Krieg“ statt, ohne ein umfassendes Friedensabkommen mit allen bewaffneten Parteien. Es existiert lediglich eine Art „Separatwaffenstillstand“ mit (großen Teilen) der AUC, weder FARC noch ELN sind in den Prozeß eingebunden.

Die internationale Gemeinschaft spielt im Gegensatz zu den meisten vergleichbaren Prozessen weder bei der Überwachung noch bei der Organisation und Finanzierung der AUC-Demobilisierung eine wichtige Rolle. Dieser Prozeß wird von der kolumbianischen Regierung organisiert und weitgehend – mit Ausnahme der Demobilisierungsüberwachung durch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) – auch aus nationalen Quellen finanziert. Methodisch führt dieser notgedrungen „hausgemachte“ Ansatz dazu, daß internationale Erfahrungen nur eingeschränkt gültig sind oder rezipiert werden.

Das dominante Paradigma der Regierung bei der Demobilisierung der AUC scheint, bedingt durch den „Teilcharakter“ des Prozesses, die nationale Sicherheit (und nicht wie idealtypisch bei Prozessen, die unter der Aufsicht der UN stehen, Versöhnung und Interessenausgleich) zu sein. In der Praxis bedeutet dies, daß die AUC, als militärischer

Faktor eliminiert werden soll, um eine Konzentration auch der militärischen Ressourcen der Regierung gegen FARC und ELN zu ermöglichen, sollten diese eine Demobilisierung nach dem Modell der AUC ablehnen.

Dies bedeutet, daß die Regierung die ehemaligen Kombattanten primär als sicherheitspolitische Herausforderung begreift und bestrebt ist, ihre „Remobilisierung“ entweder als bewaffnete Banden oder als militärische Bewegung mit politischem Anspruch zu verhindern.

Dagegen tritt die Bedeutung der schwächeren Akteure in diesem Prozeß aus Sicht der Regierung deutlich zurück, dies gilt einerseits für die Opfer paramilitärischer Gewalt und für ihren Anspruch auf Aufklärung, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, aber auch z.B. für Frauen und Kinder aus dem Umfeld der AUC, denen nur geringe Aufmerksamkeit durch die Regierung gewidmet wird.

Diese Besonderheiten des kolumbianischen Prozesses sind für einen Großteil der nationalen und internationalen Kritik verantwortlich. Angesichts des Scheiterns der Bemühungen des vorherigen Präsidenten um eine Verhandlungslösung unter Einschluß von FARC und ELN und angesichts der Zustimmung von weiten Teilen der Bevölkerung zur Politik der Regierung dürfte der „Separatfrieden“ mit der AUC trotzdem eine gangbare realpolitische Alternative zum „ewigen Konflikt“ Kolumbiens sein. Dies gilt mehr noch wenn es gelingt, zumindest Teile von FARC und ELN zu einem späteren Zeitpunkt zu ähnlichen Bedingungen in den politischen Prozeß zu integrieren. Die internationale Gemeinschaft steht vor der Frage, ob sie bereit ist, sich an der Ausgestaltung des Prozesses konstruktiv zu beteiligen, oder aber im politischen Abseits zu verharren. Solange die Vereinigten Staaten ihre Unterstützung der Regierung fortsetzen -und es gibt kurzfristig keinen Anlaß daran zu zweifeln- wird die kolumbianische Regierung ihren Kurs unabhängig von der europäischen Position fortsetzen.

Ein Quasi-Prozeß mit den FARC: Kommunikationsblockaden als Absicht oder Mißverständnis?

Zu Beginn seiner Präsidentschaft, Mitte 2002, forderte Präsident Uribe als Bedingung für einen Friedensprozeß mit den FARC deren Vorabklärung einer Waffenruhe. Eine Bedingung, deren Ablehnung durch die Guerilla voraussehbar war. Eine Humanitäre Vereinbarung („Acuerdo Humanitario“), also einen Austausch von einem Teil der ca. 1140 von den FARC festgehaltenen Entführten (Dezember 2005: ELN 671, Paramilitärs nach 3jähriger Verhandlung evtl. 474), darunter Politiker, Militärs und vor allem Zivilpersonen, mit gefangenen Guerrilleros hielt die Regierung nur dann für machbar, wenn ein Friedensprozess nach Erfüllung der genannten Bedingungen seitens der FARC eingeleitet worden sei. Schon 2 Monate später, im September 2002, beugte sie sich allerdings nationalem und internationalem Druck und trennte den Weg zu einer humanitären Vereinbarung von dem zu einem Friedensprozess mit den FARC. Allerdings mit zwei Bedingungen: ein Acuerdo Humanitario könne nur möglich sein ohne „entmilitarisierte Zonen“ (wie sie die FARC bis heute fordern) und mit der Garantie, daß die befreiten Guerilleros nicht wieder in die Reihen der FARC zurückkehren könnten. Im Juli 2004 präsentierte die Regierung über Schweizer Quellen der FARC einen Vorschlag in zwei Phasen: wenn es zu einer humanitären Vereinbarung gekommen sei, könnte in einer zweiten Etappe ein Friedensprozeß darüber eingeleitet werden, daß die FARC einen Waffenstillstand erkläre, allerdings ohne ihre Waffen abzugeben oder sich demobilisieren zu müssen. Die Regierung verzichte dann reziprok auf weitere militärische Offensiven

gegen die Guerilla. Das Ganze solle unter internationaler Aufsicht geschehen. Die FARC erklärte im Februar 2005, einen Friedensprozeß nur dann für möglich, wenn man ihr politischen Charakter zuerkenne. Die Regierung konterte, man könne ihr einen politischen Charakter nur dann zuerkennen, wenn die FARC auf weitere gewalttätige Aktionen verzichteten. Die Regierung schlug als Ort, um über eine humanitäre Vereinbarung zu verhandeln, ein kleines Dorf, Pozo Azul, vor, internationale Beobachter sollten den FARC dabei alle Sicherheitsgarantien geben können. Die FARC allerdings beharrten auf ihrer Forderung einer entmilitarisierten Zone in Größe von zwei Kommunen. Neben schwieriger politischer Vermittelbarkeit einer solchen Zone, wegen der früheren schlechten Erfahrungen der Regierung Pastrana, befürchtete die Regierung, aus ihr könnten zu große militärische Vorteile für die FARC erwachsen. Kritiker wenden eine, dieses wie auch andere Argumente der Regierung gegen einen „Acuerdo Humanitario“, seien nicht stichhaltig. Denn es sei kaum vorstellbar, daß eine solche Zone nicht wieder vom Militär einzunehmen sei, selbst wenn die FARC sich dort festsetzen wolle. Die Sorge der Regierung, eine humanitäre Vereinbarung könne zu einer größeren Show mit humanitärem Prestigegewinn für die FARC und politischen Kosten für die Regierung werden, scheint ebenfalls nur begrenzt begründbar. Denn die Verzögerungen einer humanitären Vereinbarung geben gerade der FARC die Möglichkeit, Kontakte mit der Kirche, der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft zu pflegen. Im November sprachen sich 63% der kolumbianischen Bevölkerung für eine solche Vereinbarung aus. Durch weitere Verzögerungen der Vereinbarung wuchs der Druck auf die Regierung stärker als der auf die FARC. Auch die Befürchtung der Regierung, eine überwiegende Anzahl der freigelassenen Guerilleros, vor allem der entscheidenden mittleren Ränge, würden Wege finden, um in die Reihen der FARC zurückzukehren, scheint Experten im Lichte früherer Erfahrungen mit freigelassenen Guerilleros in Kolumbien und internationaler Erfahrungen unwahrscheinlich. Trotz aller Härte habe selbst die Sharon-Regierung Israels palästinensische Gefangene befreit, ohne daß diese höhere Risiken für das Land bewirkt hätten. Stattdessen habe die Regierung Israels internationalen Beifall geerntet. Die Risiken der theoretischen Alternative von Entführtenbefreiungen durch Kommandotruppen seien jedenfalls unter humanitären und politischen Gesichtspunkten höher als die einer humanitären Vereinbarung.

Für viele überraschend akzeptierte die Regierung Mitte Dezember einen von Frankreich, Spanien und der Schweiz entwickelten Vermittlungsvorschlag einer 180 qkm großen entmilitarisierten Zone in dem von der FARC gewünschten Gebiet zur Verhandlung eines „Acuerdo Humanitario“. Präsident Uribe wandte sich dabei direkt an die Öffentlichkeit, ohne zunächst die Position der FARC, die sich bis 25 Dezember nicht erklärt hat, zu eruieren.

Für manche bestätigt die Regierungshaltung deren Lernfähigkeit in Friedensfragen. Andere allerdings sehen sie als nötige Kurskosmetik hin zu „Mitte“ des Meinungsspektrums im Blick auf die Wahlen 2006. Immerhin befürworteten fast 72% der Mitte Dezember befragten Kolumbianer Annäherungen und Verhandlungen mit ELN und FARC.

Zum Prozeß mit den Paramilitärs/AUC: Schachspiel ohne Regeln?

Im 2003 begonnenen Demobilisierungsprozess der paramilitärischen Gruppen werden bis Ende 2005 nach Regierungszahlen um die 13.500 Kämpfer ihre Waffen abgegeben haben und 18 regionale, paramilitärische Strukturen deaktiviert sein. Noch ca. 8000 Paras müßten 2006 im Prozeß integriert werden.

Von Anfang an war der Prozeß mit den AUC, auch mangels klarer gesetzlicher Rahmenbedingungen, höchst umstritten. Erst nach zweijähriger Debatte seit der Vorlage des Gesetzes Nr. 85 (Ley del Alternatividad Penal) verabschiedete der kolumbianische Kongreß im Juni das sogenannte Gesetz für Justiz und Frieden (Ley des Justicia y Paz). Das vor allem von internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen heftig kritisierte Gesetz versucht ein Gleichgewicht zu finden zwischen den Möglichkeiten von friedensbildenden Maßnahmen in einem weiterlaufenden Konflikt und nationalen und internationalen Standards von Gerechtigkeit. Das Gesetz soll eine Art Quadratur des Kreises regeln: es muß einerseits die internationale Normen zumindest in etwa berücksichtigen, zum andern aber auch die illegalen Truppen zur Demobilisierung motivieren, um in Zukunft die Gewalt einzudämmen, die zukünftige potentielle Opferzahl zu verringern. Da in Kolumbien, anders als bei fast allen anderen internationalen Vergleichsfällen, Südafrika, Argentinien, Chile, El Salvador, Guatemala, der Konflikt nicht beendet ist, wäre anzunehmen, dass bei zu hohen Rechtsstandards weder die Paramilitärs den derzeitigen Prozeß fortsetzen, noch die Guerrilla später einmal in einen Prozeß eintreten würde. In den benannten Fällen wurde die Verfolgung der Täter durch die Strafjustiz mit anderen Formen der Befriedung und Wiedergutmachung für die Opfer ersetzt. Meist in Form von Wahrheitskommissionen zur Rekonstruktion der kriminellen Machenschaften und in Form von symbolischer und materieller Wiedergutmachung für die Opfer. Südafrika beispielsweise ersetzte Gefängnisstrafen durch eine kollektive Katharsis, von der es sich erwartete, die Wunden der Apartheid leichter zu überwinden, um eine multi-ethnische Nation zu gründen.

Ein solches Modell war für Kolumbien weder wünschbar noch möglich. Auch da die Standards der internationalen Gemeinschaft für Transitionsprozesse nach Diktaturen oder Konflikten juristisch anspruchsvoller geworden sind, andere Werte und Perzeptionen als damals gelten.

Das Gesetz regelt Demobilisierung und Bestrafung der Täter und Wiedergutmachung für die Opfer – sehr kurz gefasst – in folgender Weise:

Mitglieder der bewaffneten Gruppen, die das Gesetz in Anspruch nehmen wollen, müssen ihre Taten gestehen, (Artikel 17), zur Wahrheit beitragen (Artikel 15) und die Möglichkeit geben, an den Opfern Wiedergutmachung zu leisten (Artikel 23, 38, 43). Wenn die Täter „vergessen“, bestimmte Taten zu gestehen, verlieren sie nicht die Vorrechte des Gesetzes, sobald sie im nachhinein die Tat anerkennen. Die Beschuldigten erhalten eine „alternative Strafe“ in Höhe von mindestens 5 und maximal 8 Jahren. Der mit der alternativen Strafe Bedachte ist verpflichtet, seine Resozialisierung entweder über Arbeit oder Studium während seiner Gefängnisstrafe zu betreiben.

Opfer haben Recht auf Wiedergutmachung, durch Wiedererhalt von früher illegal geraubten Gütern, durch öffentliche Erklärungen der Reue und Bitten um Verzeihung durch die Straftäter, durch das Versprechen dieser, ihre Taten nicht zu wiederholen und durch deren Mitarbeit bei der Auffindung von Verschwundenen oder Toten.

Der bisherige Demobilisierungsprozeß der AUC und seine zukünftigen Chancen werden sehr unterschiedlich perzipiert: Die Regierung gesteht zwar ein, das ursprüngliche Ziel einer totalen Demobilisierung bis Ende des Jahres 2005 nicht erreichen zu können – mehr als ein Drittel der Paras sind noch zu demobilisieren, vor allem in Gegenden mit starkem

Koka-Anbau und Vermarktungsrouten – unterstreicht aber zugleich, daß über die Hälfte schon demobilisiert sind und die Gewalttaten in Para-Zonen erheblich abgenommen haben.

Die Paramilitärs stoppten mehrmals kurzfristig den Prozeß, zuletzt als einer ihrer düstersten Figuren, Diego Murillo alias Don Berna, ins Gefängnis wanderte, geben aber vor, das zur Befriedung des Landes ihnen bisher Mögliche getan zu haben.

Menschenrechtsorganisationen, die kolumbianischen Linksparteien, die liberale Partei, wichtige Journalisten, Organismen der Vereinigten Nationen, die amerikanische und die europäische Presse, weisen auf immer wieder vorkommende Verletzungen des Waffenstillstandes, massiven bewaffneten Druck der Paras in bestimmten Teilen des Landes, selbst in solchen, in denen Demobilisierungen stattgefunden haben, hin und bezweifeln, ob durch die Demobilisierung auch die dahinterstehenden Paraneetze des Drogenhandels und ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Macht zerstört werden könnten.

Die Selbstverteidigungsgruppen (AUC) sind inzwischen im wahren Sinne des Wortes keine Paramilitärs mehr, da sie weder Drogenhändlern noch Sicherheitskräften des Staates, Großgrundbesitzern oder lokalen politischen Caudillos bzw. Caziques untergeordnet sind. Obwohl fragmentiert und gelegentlich zerstritten, bilden sie heute selbständige regionale Truppen mit einer symbolischen Identität, einheitlicher Doktrin und Befehlsgewalt. Die AUC haben auf regionaler Ebene wirtschaftliche Kontrolle, Schutz der Gemeinden, die Formierung von Justiz und politischer Ordnung übernommen. Sie besitzen die Kontrolle über den Drogenhandel, auch wenn sie ihn selbst nicht immer betreiben. Die Sozialordnung, die sie in den Regionen errichtet haben, ist zwar blutig und primitiv, aber solide und kohärent. Ihre Gewinne aus der Kontrolle des Drogenhandels, öffentlicher Korruption und anderen illegalen und legalen Geschäften verstehen sie geschickt in die Kommunen zu leiten, die von ihnen kontrolliert werden. Dies und ihre Kapazitäten zur Konfliktlösung in Streitfällen von Bürgern zur Einhaltung von Vereinbarungen bzw. Zahlung von alten Schulden bis hin zur Lösung von Eheproblemen, haben ihnen große Legitimitätsräume in den von ihnen beherrschten Gegenden gegeben. Die AUC haben dieses System nicht erfunden, sondern sie setzen vorgefundene Strukturen der Korruption durch lokale wirtschaftliche und politische Eliten mit drastischeren, gewalttätigeren Mitteln fort. Allerdings mit größeren Benefits für die Bevölkerung, deren Konsum und Investition.

Sie haben in ihren Gebieten – wie auch die Guerilla in kleinerem Masse – eine neue Sozialordnung errichtet, die gegen die modernisierenden Prinzipien der kolumbianischen Verfassung von 1991 steht. Hier sehen viele Beobachter die Wurzel, den wahren Hintergrund des kolumbianischen Konflikts: die Nichtvereinbarkeit zwischen einem urbanen, progressiven, modernen Gesellschaftsprojekt zur Errichtung demokratischer Räume, mit sozialer Marktwirtschaft auf der einen Seite und dem fragmentierten Projekt der Selbstverteidigungsgruppen - ähnlich dem der Guerilla- mit regionalen, „neofeudalen“ Herrschaftsstrukturen und lokalen Gesellschaften eingeschränkter Staatsgewalt, die von der Immunität ihrer kriminellen Unternehmen profitieren können andererseits.

Ihre massive Appropriation von Ländereien dienen weniger ökonomischem als politischem Zweck, (heute schätzt man zwischen 2 und 4 Mio. Hektar in Parahand, also

die Hälfte der produktiveren Ländereien), da er sie physisch schützt, ihnen Immunität gegenüber der nationalen und internationalen Justiz zu verschaffen verspricht.

Die AUC beeinflussen oder bestimmen heute die politischen Bewegungen in elf bis dreizehn Departments, haben damit großen regionalen, aber auch politischen Einfluß auf nationaler parlamentarischer Ebene.

Die kolumbianische Regierung setzte offensichtlich darauf, daß erst nach einer Demobilisierung bzw. Entwaffnung der Paramilitärs die machtvollen illegalen, und politischen in den Regionen legitimierten Netze zerstört werden könnten. Durch den Protest der Opfer, die kolumbianische Justiz, den Druck der Auslieferung an die USA, aber auch den politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der legalen Integration von führenden AUC-Mitgliedern in das kolumbianische politische System.

Um den Prozeß am Laufen zu halten, scheint sie in ähnlicher Weise gegenüber den AUC großzügiges Übersehen und Geduld zeigen zu müssen, wie die vorherige Regierung Pastrana gegenüber den Mißbräuchen der FARC. Sie hat es versäumt oder es war ihr nicht möglich, in den bisherigen drei Verhandlungsjahren mit den AUC deren Zugeständnisse zur Demokratisierung der Regionen, zum Zerstören ihrer Drogenhandelnetze und ihrer geheimen Strukturen, mit denen sie legale, semilegale und illegale Geschäfte regelt, zu erreichen.

Für die kolumbianische Regierung geht es im Verhältnis zu den Paras nicht um die militärische Vorherrschaft. Die hat sie wohl erreicht. Sondern um einen Krieg zur Durchsetzung des verfassungsmäßigen Gewaltmonopols des Staats, in allen Regionen des Landes, auch in den AUC-Regionen. Bedingung für einen Sieg gegenüber den Paras ist, daß der Staat als einziger die Bevölkerung schützen, Steuern erheben, die öffentliche Verwaltung betreiben, sich also als einziges politisches System im gesamten kolumbianischen Territorium durchsetzen kann.

Hierzu empfehlen Analysten wie Gustavo Duncan und andere mindest vier dringende Entscheidungen, um die Blockaden im Konflikt zu überwinden:

Zunächst müssten die Kontrollmöglichkeiten des Zentralstaats über die finanziellen Transfers für Erziehung, Gesundheit, Energie und andere Dienstleistungen an die Regionen erhöht werden. Dies um ihren Missbrauch durch illegale, bewaffnete Gruppen und korrupte Funktionäre zu reduzieren.

Dann bedürfe es einer Agrarreform, sowohl zur Verteilung der von den Paras, zum Teil aber auch von der Guerilla angeeigneten Ländereien, wie auch zwecks demokratischer Neuordnung des Landes. Die Guerilla findet in den Koka-Arbeitern ihre soziale Basis, die durch die Verteilung von Ländereien der Paras gebrochen werden könnte. Die Paras haben durch ihren enormen Landbesitz sowohl ihre politische Macht als auch ihre Immunität gegenüber Justizverfolgung abgesichert.

Drittens müsste die defensive Konzeption der kolumbianischen Streitkräfte verändert werden. Ihre Aufgabe könne nicht nur darin bestehen, Guerilla- oder Paramilitär-Führer festzunehmen, die ohnehin wieder leicht zu ersetzen wären, sondern darin, das Gewaltmonopol des Staates im ganzen Territorium durchzusetzen. Dazu müßten sie wiedergewonnene Regionen verteidigen und kontrollieren, die Bevölkerung schützen und die kolumbianische demokratische Sozialordnung durchsetzen können. Von einer Agrarreform bedachte Kleinbauern könnten das ihnen zugewiesene Land – so die

Empfehlung Duncans – durch einen Militärdienst nahe an ihrem Wohnort mit Polizeifunktionen abgelten und so Versuche einer Wiedereroberung durch die früheren paramilitärischen Eigentümer abwehren.

An vierter Stelle bedarf es der wirtschaftlichen Mobilisierung der Regionen mit Ausbau der Infrastrukturen für Transport, Kommunikation, Technologie und der Entwicklung von internen Märkten, um die Loslösung von den bisher notwendigen Geldströmen aus illegalen Para-, Narco- oder Guerilla-Aktivitäten zu ermöglichen.

Erst so und nicht über – wie von vielen Menschenrechts-NGOs gefordert – die Androhung höherer Strafen für einzelne paramilitärische Führer, könne einmal der Krieg gegen die AUC - und die Guerilla - gewonnen und der Gefahr des Übergangs von illegalen Paramilitärs und aufständischen Guerilleros zum organisierten Verbrechen zwecks Machterhaltung begegnet werden.

2. Wirtschaftliche Entwicklung

Mit geschätzten 4,5% Wachstum im Jahre 2005 liegt Kolumbien im Mittelfeld der Performance der lateinamerikanischen Länder (Venezuela: 9%, Argentinien 8,6%, Chile, Panama, Peru 6%). Zwar ist das Wachstum das höchste seit 1996, dennoch scheint die Rate Experten ungenügend und kein Grund für Freudenfeiern. Denn im ablaufenden Jahr waren die externen und internen Bedingungen so günstig, dass ein höheres Wachstum hätte erwartet werden müssen. Die Expansion der Weltwirtschaft und vor allem der wichtigsten regionalen Handelspartner Kolumbiens ließen die Aussennachfrage zum Wachstumsmotor werden. Im ersten Halbjahr stiegen die kolumbianischen Exporte um mehr als das Doppelte des Wirtschaftswachstums, der hohe Ölpreis, aber auch die starke Nachfrage nach Minenprodukten führten zu einem ca. 30%igen Exportwachstum im traditionellen Sektor. Die nichttraditionellen Exporte stiegen – auch wegen der starken Nachfrage aus Venezuela – um 25%.

Aber auch Binnenfaktoren begünstigten den Aufschwung: Unternehmeroptimismus, Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben und Expansion der Geldpolitik. Das Gefühl grösserer Sicherheit und Vertrauens förderte private Investitionen und Konsumausgaben. Der Zentralstaat hatte größere Spielräume für Ausgaben wegen Einsparungen der Regionen und geringeren Schuldendienstes. Letzteres wegen einer Abwertung der Aussenschuld qua Aufwertung des kolumbianischen Pesos. Die Zentralbank versuchte die Aufwertung des Pesos durch grössere Dollarkäufe zu stoppen und „spritzte“ daher nicht unerhebliche Summen in den kolumbianischen Wirtschaftskreislauf. Gleichen Effekt dürften die auf etwas mehr als 3,5 Mia USDollar geschätzten Rückflüsse nach Kolumbien aus illegalen Aktivitäten, Drogenhandel, gehabt haben. Die Inflation sank leicht von 5,5 auf 5,1%, ebenso die Arbeitslosenrate, die offiziell mit ca. 10%, inoffiziell mit 11,7% (2004: 12,5 %) angegeben wird. Ein weiterer Grund für den Konsumanstieg und den der Endnachfrage.

Der interregionale Handel, der bisher lediglich ca. 15% des gesamten Handelsvolumens ausmacht, soll durch das Ende November 2005 unterzeichnete Freihandelsabkommen zwischen Andenpakt und Mercosur gefördert werden.

Verhandlungen zur Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten (TLC) konnten nicht abgeschlossen werden. Kolumbien möchte vor allem für einige Agrarprodukte, z.B. Zucker, einen leichteren Zugang zum nordamerikanischen

Markt erreichen und andere Agrarprodukte, die arbeitsintensiv sind, z.B. Mais oder Reis, vor billigerer Konkurrenzware der USA schützen. Auch im Bereich „intellektuellen Eigentums“ müssen noch genauere Bestimmungen über Patente vereinbart werden, auch um die kolumbianische Biodiversität zu schützen. Da die Vereinigten Staaten im Jahre 2006 Präferenzzoelle für Kolumbien nicht verlängern werden, scheint eine Unterzeichnung des TLC bis Mitte des Jahres 2006 wahrscheinlich.

Schlechtere weltwirtschaftliche Aussenbedingungen, erwartbare verstärkte Aggressionen der Guerrilla anlässlich der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahre 2006, erwartete Baissen der Preise traditioneller Exportrohstoffe (Kohle, Mineralienprodukte, Öl, Kaffee) lassen internationale Agenturen ein Wachstum unter 4% im Jahre 2006 prognostizieren.

3. Sozialentwicklung: Armut und Ungleichheit

Trotz der Verbesserung der Arbeitslosenzahlen, schätzt die Weltbank, dass ca. 65% der kolumbianischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze, also mit nicht mehr als US\$ 2 pro Tag, leben. 80% der Landbevölkerung lebt in relativer, 42% in extremer Armut, lediglich 62% von ihnen haben Zugang zu Trinkwasser. Ca. 38% der kolumbianischen Bevölkerung arbeiten und leben noch im Agrarbereich. Mehr als eine Million von ihnen besitzen keinerlei Land. Dies obwohl geschätzte 5 Millionen Hektar Landes nur extensiv benutzt werden oder brachliegen. Heute schätzt man, dass 0,4% der Landeigentümer über 61,2% des Landes verfügen, während 57,3% der Bauern lediglich 1,7% des Landes bearbeiten können.

Trotz der gesunkenen oder sogar wegen der gesunkenen Arbeitslosenzahlen ist die Zahl der unterbezahlten Beschäftigten auf ca. 100.000 Arbeitnehmer angestiegen. Die Anzahl der im informellen Sektor Tätigen stieg im Jahre 2005 um 263.493 Personen auf bald 7 Millionen.

4. Gewerkschaftliche Perspektive

Wie in anderen Ländern der Welt sinkt der gewerkschaftliche Organisationsgrad auch in Kolumbien. Etwa 900.000 arbeitende Personen, also 4% der 20 Mio. zählenden wirtschaftlich aktiven Bevölkerung ist gewerkschaftlich organisiert. Von diesen haben lediglich ca. 70.000 Arbeiter und Angestellte einen festen full-time job. Ein möglicher Grund für die gewerkschaftliche Schwäche liegt auch darin, dass die Gewerkschaften ihre interne Teilung in drei Verbände nicht überwinden konnten: die CUT mit ca. 500.000 Mitgliedern, die CDT mit ca. 120.000, die CTC mit ca. 80.000 Mitgliedern und ein unabhängiger Sektor, meistens von Betriebsgewerkschaften, mit ca. 200.000 Mitgliedern. Anstrengungen, auch von FESCOL, zu einer Vereinigung der CTC mit CUT beizutragen, hatten im Jahr 2005 keinen Erfolg.

Im Oktober besuchte eine ILO-Delegation Kolumbien, zwecks Kontrolle der Arbeitsbeziehungen und der Straflosigkeit nach der Ermordung von Gewerkschaftsführern. Die Demobilisierung von ungefähr 13.000 Paramilitärs und die Vereinbarungen zwischen ihnen und der Regierung hat die Anzahl von Überfällen und Morden von Gewerkschaftlern zurückgehen lassen. Nach Daten der Vicepresidencia Kolumbiens ist die Zahl ermordeter Gewerkschaftler von 184 im Jahre 2001 um 55% auf 82 in 2003 und auf 40 (- 38%) im Jahre 2004 zurückgegangen. Zwischen Januar und

September 2005 seien 13 Gewerkschaftler, also 67% weniger als im Vorjahr, ermordet worden. Nach Daten der CUT wurden bis zum 10. September 2005 43 Gewerkschaftler ermordet. Hinzu kommen 6 Attentatsversuche, 205 Morddrohungen, 10 vertriebene Gewerkschaftler und dies bei einer Straflosigkeit von 99,4%. Amnesty International spricht von 37 ermordeten Gewerkschaftlern im selben Jahre.

Wohl im Blick auf die Wahlen im Jahre 2006 wurde der Mindestlohn nach längeren Verhandlungen im Dezember um 2 Prozentpunkte über die Inflation angehoben. Die Entscheidung kam durch Einfluss des Präsidenten gegen den Widerstand des Finanzministeriums zustande. In der gleichen Vereinbarung wurden Preise für Grundgüter des Familienkonsums festgeschrieben wie auch Zahlungen für bestimmte öffentliche Dienstleistungen. Zudem erklärte die Regierung Freiheitsgarantien für die gewerkschaftliche Arbeit.

5. Gender

Der Human Development Report 2005 weist Kolumbien den 52. Platz im Index der politischen Partizipation von Frauen zu; Deutschland liegt auf dem 9. Rang von 103 Länder in der Welt. Argentinien (20), Bolivien (47), Peru (48) und Uruguay (50) sind die Länder, die in Lateinamerika bessere Plätze als Kolumbien erhalten.

5 von 13 Ministern sind in Kolumbien Frauen, also 38.46%; im Senat ist in dieser Periode die Quote niedriger als in der letzten (1998-2002: 12.75% und 2002-2006: 11.76%); im Repräsentantenhaus ist dagegen der Prozentsatz gestiegen: von 11.32% auf 11.98%. 7.5% der Bürgermeister, 6.25% der departamentalen Abgeordneten und 13.71% der Gemeindeabgeordneten sind Frauen.

Ein Medienhit war die Entscheidung des linken Bürgermeister von Bogotá, für die Bürgermeisterämter der 20 Stadtzonen Bogotás ausschliesslich Frauen zu ernennen.

Nach Daten des Index für Genderentwicklung der Vereinten Nationen, der die Unterschiede in der Lebensqualität und der Bildung zwischen Mann und Frau angibt, liegt Kolumbien auf Platz Nr. 55 (Im Jahr 2000 lag das Land noch auf Rang 58). Deutschland hat den 20ten Platz, in Lateinamerika liegt Argentinien an 34. Stelle, Chile auf Platz 38, Uruguay auf 42 und Brasilien auf 52. Die Gehälter der kolumbianischen Frauen sind 20% niedriger als die der Männer, 60% der Frauen arbeiten im informellen Sektor der Wirtschaft.

Die Straffreiheit der Abtreibung bei sozialen und medizinischen Indikation war 2005 ein wichtiges Diskussionsthema. In Kolumbien werden ca. 314.334 illegale Abtreibungen pro Jahr vorgenommen. Sie sind die zweithöchste Todesursache für schwangere Frauen. Verschiedene Frauenorganisationen haben daher eine Verfassungsklage angestrengt. Anfang Dezember diesen Jahres hat das Verfassungsgericht diese als juristisch fehlerhaft zurückgewiesen. Abtreibungen werden so weiterhin mit 16 bis 54 Monaten Gefängnis bestraft.

6. Umwelt

Seit 2003 werden von Nichtregierungsorganisationen aber auch von nationalen Stellen, wie dem nationalen Rechnungshof, Verschlechterungen der Administration der Umweltpolitik, geringere Aktivitäten und eine mangelnde Fokussierung auf die entscheidenden Themen seitens des Umweltministeriums kritisiert.

Im Umweltbereich stand die Debatte zu folgenden Themen im Vordergrund:

- Gesetzesvorschlag Wassergesetz: Das Projekt ist wohl der wichtigste Gesetzesvorschlag, welcher von einer kolumbianischen Regierung im Parlament zur Planung und Verwaltung der Wasserressourcen in Kolumbien vorgelegt wurde. Während der noch nicht abgeschlossenen parlamentarischen Debatten wurde deutlich, dass es eine politische Definition der Verwaltung und Erhaltung der kolumbianischen Wasserreserven geben muss. Die Auffassung, dass Wasser nicht nur ein öffentliches Gut sondern auch eine Notwendigkeit und ein Recht der Menschen sei, rückte während der Debatten in den Vordergrund. Details der Organisationsformen für die Wasserverwaltung und die Beteiligung der betroffenen Bevölkerungsgruppen werden in weiteren Debatten im nächsten Jahr zu erwarten sein.

- Neues Forstgesetz: Die Debatte um ein – Mitte Dezember hurtig verabschiedetes- neues Forstgesetz wurde noch kontroverser geführt. In der nötigen Abwägung zwischen Konservierung von Wäldern, ihrer hohen Biodiversität einerseits und ihrer wirtschaftlichen Nutzung andererseits hätten Regierung und parlamentarische Befürworter des Gesetzesvorschlages einseitig die letztere priorisiert, so einhellig alle Umweltexperten und Kritiker. Bevor ein solches Gesetz beschlossen werde, müsste ein Waldinventar abgeschlossen sein, um so natürliche Reserven, indigene und afrokolumbianische Siedlungsräume und Dschungelflächen eindeutig definieren zu können. Das Gesetz berücksichtige nicht die positiven Teile anderer ähnlicher Gesetzgebungen in Costa Rica, Chile, Ecuador und Guatemala mit eindeutigen Sanktionen für unberechtigte Holzverwendung als Umweltverbrechen. Das Gesetz vernachlässige die Umweltinteressen von Nachbarländern wie Venezuela oder Brasilien und könne daher zu Konflikten mit diesen führen. Zu dem gehe das Gesetz nicht auf ein grosses Umweltproblem des Landes ein, nämlich die Austrocknung und Verwüstung von ca. 20 Mio ha in unterschiedlichen Teilen des Landes und berücksichtige nicht in ausreichender Weise artgerechte Verfahren und internationale Normen in der Suche eines Gleichgewichtes zwischen ökonomischer Nutzung und Umweltbewahrung.

- Die größte Tageszeitung des Landes „El Tiempo“, richtete nach der Verabschiedung in einem Leitartikel einen Apell an Präsidenten Uribe, dem Gesetz als „unvollständigem, unangemessenem und gefährlichem“ die Unterschrift zu verweigern.

- Kokapflanzungen in Nationalparks: Im letzten Bericht des Drogenobservatoriums in Kolumbien wird nachgewiesen, daß in 13 der 50 kolumbianischen Nationalparks die Kokapflanzungen um mehr als 40% im Vergleich zu den Vorjahren zugenommen haben. Vor allem betroffen ist der Nationalpark der Sierra de la Macarena im Department Meta. Wie schon in Vorjahren geht nun der Streit darum, ob auch in Nationalparks die Kokapflanzen mit Besprühungen durch Glyphosat bekämpft werden können oder ob nur die sogenannte manuelle Erradikation angewandt werden darf. Im Jahre 2005 wurden manuell 29.000 ha landesweit herausgerissen, durch Besprühung rund 136.000 ha vernichtet. Die manuelle Erradikation gestaltet sich in den Parks noch schwieriger als anderswo, da ihr Zugang häufig von den FARC vermint wurde und für die Arbeiter erst vom Militär geöffnet und geräumt werden müssen. Die Regierung hat auch wegen der massiven Proteste von Umweltorganisationen eine Entscheidung über die Verwendung von Glyphosat in den Nationalparks zunächst auf März 2006 verschoben.

7. Anhang

7.1 Kabinettsliste

Ministerium	Name der Minister
Innen- und Justizministerium	Sabas Pretelt De La Vega
Außenministerium	Carolina Barco Isaakson
Finanzministerium	Alberto Carrasquilla
Nationales Verteidigungsministerium	Camilo Ospina
Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	Carlos Gustavo Cano
Sozialministerium	Diego Palacio Betancourt
Ministerium für Bergbau und Energie	Luis Ernesto Mejía
Ministerium für Handel, Industrie und Tourismus	Jorge Humberto Botero
Bildungsministerium	Cecilia María Vélez White
Ministerium für Umwelt, Wohnungsbau und Territorientwicklung	Sandra Suárez Pérez
Kommunikationsministerium	Martha Elena Pinto de de Hart
Transportministerium	Andrés Uriel Gallego Henao
Kulturministerium	María Consuelo Araújo Castro

7.2 Abkürzungsverzeichnis

	Spanisch/Englisch	Deutsch
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia	Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens
CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe	Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik
CGT	Confederación General de Trabajadores	Dachverband der Arbeiterschaft
CTC	Confederación de Trabajadores de Colombia	Vereinigung kolumbianischer Gewerkschaften
CUT	Central Unitaria de Trabajadores de Colombia	Zentralverband der kolumbianischen Gewerkschaften
DANE	Departamento Administrativo Nacional de Estadística	Nationales Amt für Statistik
DNP	Departamento Nacional de Planeación	Nationale Planungsbehörde
ELN	Ejército de Liberación Nacional	Nationale Befreiungsarmee
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia	Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens
GCD	Gran Coalición Democrática	Große Demokratische Koalition
SINA	Sistema Nacional Ambiental	Nationales Umweltsystem
OEA	Organización de los Estados Americanos	Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)
TLC	Tratado de Libre Comercio	Freihandelsabkommen

7.3 Wirtschafts- und Sozialdaten Kolumbiens

Indikatoren	2003	2004	2005s
Bevölkerung (in Mio.)	43.583	45.325 ¹	46.500

s Zum Teil Schätzungen

Binnenwirtschaft:

Indikatoren	2003s	2004	2005
BIP (in Mrd. US \$)	77,6	90.8	97,389
BIP pro Kopf in US \$	1.761	2.152	2.358 ²
Reales Wachstum (in %)	3,74	3.3 ³	4,5
Inflation (in %)	6,5	5.5 ⁴	5.1 ⁵
Steuereinnahmen (in % des BIP)	13	11.5 ⁶	14,9 ⁷
Sparquote (in % des BIP)	- 3,3	-2.3 ⁸	1,1
Haushaltsdefizit (in % des BIP)	3,0 ⁹	1,2 ¹⁰	1,2 % ¹¹
Arbeitslosenrate	15,4 ¹²	13.6 ¹³	10,0 ¹⁴

s Zum Teil Schätzungen

Handel und Verschuldung:

Indikatoren	2003s	2004 ¹⁵ s	2005
Öffentliche Auslandsverschuldung (in Millionen. US\$)	38.066	39.260 ¹⁶	37.045 ¹⁷
Exporte (in Mrd. US\$)	13.523	15.166	1876 (pro Monat)
Importe (in Mrd. US\$)	13.258	14.831	1944.24 (pro Monat)

¹ DANE –Colombia. Proyecciones anuales de población por sexo y edad 1985-2015

² FMI

³ CEPAL

⁴ Departamento Nacional de Planeación - Estimada

⁵ Banco Agrario de Colombia. En <http://www.bancoagrario.gov.co>

⁶ http://www.eclac.cl/publicaciones/DesarrolloEconomico/2/LCG2292PE/LCG2292_e_Balance%20preliminar.pdf

⁷ http://www.comunidadandina.org/politicas/redima_noviembre_colombia2.pdf

⁸ Minhacienda –Datos a Octubre 29 de 2004

⁹ <http://economia.uniandes.edu.co/~economia/archivos/temporal/d2005-11.pdf>

¹⁰ http://www.comunidadandina.org/politicas/convergencia_col2004_priv.pdf

¹¹ <http://www.presidencia.gov.co/sne/2005/mayo/06/03062005.htm>

¹² <http://www.oit.org.pe/portal/noticias.php?docCodigo=122>

¹³ http://www.portafolio.com.co/proy_porta_online/tlc/bib_tlc/

¹⁴ http://www.la-republica.com.co/noticia.php?id_notiweb=47259&id_subseccion=1&template=noticia&fecha=2005-12-01_10:31am

¹⁵ Departamento Nacional de Plantación. En: http://www.dnp.gov.co/01_CONT/INDICADO/macro/MACRO.HATM#7

¹⁶ <http://www.presidencia.gov.co/sne/2005/agosto/08/10082005.htm>

¹⁷ http://www.eclac.cl/publicaciones/DesarrolloEconomico/2/LCG2292PE/LCG2292_e_Balance%20preliminar.pdf

Indikatoren	2003s	2004 ¹⁵ s	2005
Bruttoauslandsverschuldung (in Mrd. US\$)	38.6 ^{(s)18}	35.2	33.3 ¹⁹
Externer Schuldendienst (in % des Exports)	34.6 ²⁰	30.3	24.8% ²¹
Auf- (+) bzw. Abwertung (-) geg. US-\$	14,81%	6%	1,77% ²²

s Zum Teil Schätzungen

Kolumbiens Wettbewerbsfähigkeit (im regionalen Vergleich)²³

Land	Wettbewerbsfähigkeit nach Wachstum			Mikroökonomische Wettbewerbsfähigkeit		
	2003	2004	2005	2003	2004	2005
Chile	28	22	23	32	29	29
Kolumbien	63	64	57	51	58	56
Peru	57	67	68	78	76	81
Venezuela	82	85	89	80	88	92
Ecuador	86	90	103	84	94	107
Bolivien	85	98	101	92	101	114

Korruptions-Perzeptions-Index (im regionalen Vergleich)²⁴

Rang 2003	Rang 2004	Rang 2005	Land	CPI 2003	CPI 2004	CPI 2005
20	20	21	Chile	7,5	7,5	7.3
59	60	55	Kolumbien	3,6	3,8	4.0
59	67	65	Peru	4,0	3,5	3.5
100	112	130	Venezuela	2,5	2.4	2.3
106	114	117	Ecuador	2,2	2.3	2.5
113	122	117	Bolivien	2,2	2.2	2.5

Entwicklung der internen Vertreibung (desplazamiento) 2002 – 2005

Quellen	2002	2003	2004	2005
CODHES ²⁵ (NRO)	412.553	207.607	287.581	252.801
Red de Solidaridad ²⁶ (Regierung)	378.479	219.431	160.493	116.570

¹⁸ Contraloría General de la Nación. En: http://www.contraloriagen.gov.co/html/control_macro/documentos/C1_03.xls

¹⁹ http://eiu.com/index.asp?layout=quick_search&search=colombia+country+report&av_filter=&search_type=quick&search_cm d=&searchType=

²⁰ http://millenniumindicators.un.org/unsd/mispa/mi_series_resultsd.aspx?rowID=655&fID=r15&cglD=&action=print

²¹ http://www.portafolio.com.co/porta_dono_online/otros_doc_porta/2005/ARCHIVO/ARCHIVO-2624454-0.ppt

²² <http://www.corfinsura.com/espanol/histinfeco/dl/InfEspecial/proyeccionestasadecambio.pdf>

²³ Von 117 Länder. The Global Competitiveness Report 2003-2004. World Economic Forum y The Global Competitiveness Report 2004-2005

²⁴ Von 145 Länder, wo 0 = äußerst korrupt, 10= nicht korrupt. Transparency International 2002/2003 <http://www.transparency.org>

Jährliche Tötungsrate (2001 – 2005) ²⁷

Indikatoren	2001	2002	2003	2004 ²⁸	2005
Opferzahl auf 100.000 Einwohner	64,64	67,85	50	42	37
Opferzahl insgesamt	27.841	28.837	22.969	18.635	16.304
Jährliche Veränderung	+5,0	+1,4	-20,3	-8	-13

Entführungen pro Jahr (2001 - 2005)

2001	2002	2003	2004	2005
3.041	2.986	2.200	1.052 ²⁹	581 (bis September) ³⁰

Armutsentwicklung (1999 – 2005)

Indikatoren	1999	2002	2003	2004	2005
Armut in %	64	67	63,4	66,3 ³¹	65s ³²
Extreme Armut in %	23	26	26,5	23,7 ³³	k.A.

²⁵ CODHES, <http://www.codhes.org.co/>. Die Ziffer des Jahres 2005 stammt vom 30. September

²⁶ Red de Solidaridad Social, Sistema Unico de Registro para Población Desplazada

²⁷ La de años anteriores se basa en registros de Policía Nacional – Centro de Investigaciones Criminológicas y Observatorio Programa Presidencial de derechos Humanos y DIH – Vicepresidencia de la República

²⁸ El Tiempo, lunes 2 de diciembre de 2004, citando estudio del Centro de Investigaciones Criminológicas de la Policía Nacional

²⁹ Vicepresidencia de la República. Datos consolidados a septiembre 30 de 2004. En:

<http://www.derechoshumanos.gov.co/observatorio/indicadores/2004/septiembre/secuestrosseptiembre.pdf>

³⁰ http://eltiempo.terra.com.co/judi/2005-12-02/ARTICULO-WEB-_NOTA_INTERIOR-2637404.html

³¹ CID – Universidad Nacional de Colombia

³² Weltbank

³³ Dane, Encuesta Nacional de Hogares y Reporte de pobreza para Colombia (2004).